Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 39 (2020)
Heft: 75

Artikel: Generativität, Geschlecht und Gesellschaft - revisited
Autor: Schutzbach, Franziska
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1055589

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Franziska Schutzbach

Generativität, Geschlecht und Gesellschaft – revisited

An der UN-Bevölkerungskonferenz von Kairo im Jahr 1994 wurden bevölkerungspolitische Zwangsmassnahmen[1] offiziell abgeschafft und verboten. Verabschiedet wurde die Agenda der Reproduktiven Gesundheit und Rechte, die erstmals Fortpflanzung (Generativität[2]) auf die Basis von Menschenrechten stellte. Frauen sollten von nun an selbst über ihre reproduktive Gesundheit sowie darüber bestimmen, wann und wie sie Kinder bekommen. Die Agenda von Kairo ist bis heute richtungsweisend für die UNO-Mitgliederländer bei der Gestaltung ihrer (Gesundheits-)politik zu den Themen Fertilität, Schwangerschaft, Geburt, Abtreibung, Verhütung, Reproduktionstechnologien und so weiter. Die Agenda war – trotz wichtiger Errungenschaften – nicht unumstritten[3] und blieb etwa anschlussfähig für geburtensteuernde Ziele (Schultz 2006). Schultz beschreibt den Fokus der Programme auf *Gesundheit* als einen Paradigmenwechsel, der biopolitische Makroziele wie zum Beispiel Geburtensteuerung unsichtbar machte, weil diese von nun an in die individuellen Entscheidungen von Individuen hinein verlagert wurden. So würden Frauen im globalen Süden mit der Botschaft adressiert, dass es für sie *gesünder* wäre, weniger Kinder zu bekommen. Anders ausgedrückt: Die Agenda von Kairo machte Antinatalismus mit dem Argument der Gesundheit und Selbstbestimmung legitimierbar.

Generativität, Geschlecht und Mutterschaft

In meiner Dissertation (2020) untersuche ich, wie die Konzepte von Kairo ab 2001 im europäischen Raum durch die Weltgesundheitsorganisation (WHO, Büro Europa) implementiert und für die spezifisch europäischen Bedürfnisse adaptiert wurden. Stark verkürzt, bin ich unter anderem zu den folgen-

den Erkenntnissen gelangt: Themen der Generativität werden im Zuge des WHO-Framings erstens noch stärker als in der Kairo-Agenda vergesundheitlicht, politische reproduktive Rechte finden kaum noch Erwähnung. Der Fokus auf Gesundheit und Risikokalkulationen koppelt reproduktive Selbstbestimmung stark an die Frage, wie Individuen gesundheitlich richtig handeln können. Dieser individualisierende Zugang generiert *gleichzeitig* und quasi durch die Hintertür normative Vorstellungen darüber, wessen Verhalten richtig ist, wessen Generativität gewollt und welche es nicht ist. Zweitens wird Generativität feminisiert. Die WHO-Programmatik konstruiert einen scheinbar natürlichen Verweisungszusammenhang zwischen Generativität, Weiblichkeit und Mutterschaft. Generativität wird zur Frauensache gemacht.

Konstruiert wird – etwa in den Programmabschnitten zu *Safe Motherhood* – ein inhärenter Zusammenhang zwischen Schwangerschaft, Mutterschaft/Muttergefühlen und Weiblichkeit. Wer schwanger ist, ist auch automatisch Mutter und Frau. Aus dem Blick gerät, dass Menschen sich zu sehr unterschiedlichen Zeitpunkten einer Schwangerschaft als «Mütter» wahrnehmen. Manche auch gar nicht – sei es, weil sie beispielsweise als Leihmütter tätig sind, sei es, weil eine Schwangerschaft ungewollt ist oder es sich bei den Schwangeren um Trans-Personen handelt. Ferner verbinden die WHO-Programme *Motherhood* eng mit dem Thema Säuglingssterblichkeit. Dadurch wird die Verantwortung für Neugeborene an diejenigen gebunden, die schwanger sind. Insgesamt verhandeln die WHO-Programme den Zusammenhang zwischen Generativität, Mutterschaft, Weiblichkeit und Sorgearbeit als eine unauflösbare und damit naturalisierte Verknüpfung, die scheinbar jenseits von historischen, gesellschaftlichen oder ökonomischen Verhältnissen steht. Fortgesetzt wird damit auch ein tradiertes Verhältnis von privater und öffentlicher Sphäre, in dem Generativität einerseits als «Frauensache» individualisiert und auf das Private reduziert und gleichzeitig zum Gegenstand öffentlicher Intervention und Regulierung gemacht wird. Unterstrichen wird aber auch die Unterteilung in eine produktive und eine reproduktive Sphäre und eine damit einhergehende geschlechtliche Arbeitsteilung.

Meine WHO-Untersuchung bildete den Ausgangspunkt, mich kritisch mit der Verkettung von Gebärfähigkeit-Weiblichkeit-Mutterschaft zu befassen und dabei die verschiedenen feministischen und geschlechtertheoretischen Perspektiven zu dieser Thematik zu befragen. Deutlich wurde, dass es zwar vielfältige Ansätze gibt, diese Verkettung, deren Geschichte und Machtstruktur zu analysieren und zu kritisieren, dass aber das Problem, das

kritisiert werden soll, nicht selten wiederholt wird. So subsumieren etwa materialistisch-feministische Ansätze die Thematik der Generativität – also die effektive Produktion von Menschen und die damit verbundenen somatischen Ausgangslagen (Gebärfähigkeit und so weiter) – oft unter Sorgearbeit (Mesner 2010). Auf diese Weise bleiben Körperprozesse gesellschaftstheoretisch unsichtbar und werden erneut im Bereich des Vorgesellschaftlichen, letztlich in der Natur belassen und dadurch ausbeutbar.[4]

Sogenannte konstruktivistische Ansätze dagegen konzipieren die Gleichsetzung von Gebärfähigkeit und Weiblichkeit als historisch, gesellschaftlich *geworden* oder als ideologisch konstruiert. Allerdings belässt auch die Vorstellung, Ideologien würden sich auf Körperprozesse einfach überstülpen, Körperlichkeit im Bereich der Natur. Ideologie und Körperprozesse werden unterschieden, Körper erscheinen als von Ideologien abgetrennt und werden erneut in einen vorgesellschaftlichen Bereich der Natur abgespalten (Heitzmann 2019; Maihofer 1995). Auch diese Perspektive reproduziert ein Stück weit die patriarchale Logik, die sie eigentlich überwinden will, nämlich die Abspaltung, Abwertung und Ausbeutung von Körperlichkeit. Meine These ist: In den meisten bisherigen Ansätzen bleiben Generativität und die mit ihr verbundenen Körperprozesse untertheoretisiert. Damit bleibt ein Kern gesellschaftlicher und kapitalistischer Macht – und Herrschaftsverhältnisse, für den die Kontrolle der Reproduktionsfähigkeit unabdingbar ist, unangetastet. Im Folgenden werde ich versuchen, ein materialistisch-queerfeministisches Instrumentarium zu skizzieren, mit dem Gebärfähigkeit aus der vorgesellschaftlichen Sphäre herausgelöst und zum Gegenstand gesellschaftstheoretischer und politischer Reflexion gemacht werden könnte.

Materialistisch-feministische Reflexionen

Die WHO-Diskurse unterstreichen die Trennung zwischen einer privaten Sphäre der Reproduktion beziehungsweise Generativität und einer öffentlichen Sphäre der Produktion. Sie verstetigen damit eine bürgerlich-kapitalistische geschlechtliche Arbeitsteilung, bei der reproduktive Arbeit als unbezahlte, weibliche Privatdomäne jenseits von Marktwirtschaft und Politik erscheint. Diese Trennung ist von materialistisch-feministischen Theorien als zentrale Schaltstelle kapitalistischer Ökonomie beschrieben worden: Reproduktion wird zum weiblichen Lebenszusammenhang gemacht und in einen individualisierten, scheinbar natürlichen und vorgesellschaftlichen Raum abgespalten. Auf diese Weise kann reproduktive Arbeit als unsichtbare und unbezahlte Bedingung des Marktes gesellschaftlich und ökono-

misch angeeignet werden. «Weibliche» Produktivität geht als nichtbewertete reproduktive Leistung in die ökonomische Wertschöpfung ein und wird akkumulierbar.

Federici (2019) hat die historische Akkumulation aus der Perspektive der Konsequenzen untersucht, die sie für Frauen, den Körper und die Produktion der Arbeitskraft (Generativität) hatte. Sie beschreibt zwei Prozesse: 1. Die Konstituierung der reproduktiven Arbeit als Frauensache und als eigenständige gesellschaftliche Sphäre, die scheinbar ausserhalb der ökonomischen Verhältnisse liegt und damit ökonomisch wie kulturell entwertet wird. 2. Die Institutionalisierung der staatlichen Kontrolle über die weibliche Sexualität und Fortpflanzungsfähigkeit durch die Kriminalisierung von Abtreibung und die Einführung eines Systems der Überwachung und Bestrafung, «was buchstäblich zur Enteignung der Körper von Frauen führt» (Federici 2019, 40). Beide Entwicklungen sind Federici zufolge nicht einmalig, sondern charakteristisch für jede historische Epoche, in der sich kapitalistische Verhältnisse ausdehnen. Sie haben zur Folge, dass die reproduktive Arbeit aus der Sphäre der ökonomischen Verhältnisse verbannt und ihre Ausbeutung naturalisiert wird. Dieser Zugriff «auf den weiblichen Körper und seine reproduktiven Fähigkeiten» schafft die Grundlage für eine bestimmte «Regulierung der Humanressourcen» (Federici 2019, 41). Federici zufolge handelt es sich um einen biopolitischen Eingriff und einen Beitrag zur Kapitalakkumulation – wenn man zu dieser auch die Vermehrung der Menschen zählt.

Mit diesen Ansätzen lassen sich zwar Naturalisierung, Feminisierung und Aneignung beziehungsweise Ausbeutung von Gebärfähigkeit feststellen und kritisieren. Aber reicht das? Wie eingangs erwähnt, wiederholt eine solche Kritik ein Stück weit das Problem, das sie kritisiert: Es wird kein theoretisches Angebot gemacht, wie die Gleichsetzung von Generativität und Weiblichkeit aufgelöst werden könnte, wie genau wir *anders,* weniger essenzialistisch über die somatische Dimension der reproduktiven Arbeit, über generative Körperprozesse nachdenken könnten. Mangels einer solchen Alternative bleibt die Verortung der Generativität als vorgesellschaftlicher Bereich unangetastet. Vorausgesetzt wird stets eine vorgängige Existenz von Männern und Frauen, die in einer körperlichen, auf Fortpflanzung beziehungsweise auf «reproduktive Fähigkeit» (Federici) bezogenen Zweigeschlechtlichkeit begründet ist. Es wird dadurch etwas gesellschaftstheoretisch höchst Voraussetzungsvolles angenommen, nämlich die Zweiteilung der Menschheit in *Männer* und *Frauen* als gegebener Ausgangspunkt für Gesellschaftstheorie (Meissner 2011, 551).

Generativität und Geschlecht – gesellschaftstheoretisch revisited

Aus meiner Sicht wäre ein wichtiger Schritt zur Überwindung dieser naturalistischen Prämissen eine Beschäftigung mit der somatischen Dimension der Generativität. Wie Landweer (1994) und Schrupp (2019) bin ich der Auffassung, dass wir tatsächlich über Generativität an der Trennlinie zwischen Menschen, die schwanger werden und gebären (können), und denjenigen, die dies nicht tun, reflektieren müssen. Dabei ginge es aber darum, diese somatische Differenz zu thematisieren, weil sich aus ihr gerade *keine* sozialen Zuschreibungen oder Arbeitsteilungen ableiten lassen. Es ginge darum, geltend zu machen, dass diese Differenz eine Rolle spielt und gesellschaftstheoretisch berücksichtigt werden muss, dass sie eben gerade nicht Natur bedeutet. Gerade weil generative Differenz nicht einfach Natur, sondern immer schon sozial vermittelt ist, erfordert sie einen konsequent *gesellschaftstheoretischen und politischen* Umgang mit ihr.

Unsere Gesellschaft teilt ihre Mitglieder, wie auch die WHO-Diskurse zeigen, gemäss ihrem möglichen jeweiligen Beitrag zur Generativität ein. So werden jene, die gebärfähig sind, Frauen genannt, während jene, die nicht gebären, als Männer gelten. Der generative Unterschied macht es *per se* aber nicht notwendig, dass die Gesellschaft gemäss einer zweigeschlechtlichen Ordnung organisiert ist. Trotzdem ist die generative Differenz eine Grundlage, auf der Zweigeschlechtlichkeit stets sozial wieder relevant gemacht und bestimmte (Geschlechter-)Mythen immer wieder von neuem hervorgebracht werden (Landweer 1994, 156). Und die mithin auch eine kapitalistische Arbeitsteilung und nicht zuletzt Ausbeutung von Generativität und Sorgearbeit begründet.

Anders gesagt: Aus körperlichen Faktoren leiten sich zwar keine Automatismen ab, gleichwohl spielen diese eine Rolle bei der Frage, wie eine Gesellschaft sich organisiert und wie Vergeschlechtlichungsprozesse ablaufen. Der Umstand, dass Schwangerschaft von vielen als Merkmal für Weiblichkeit definiert und erfahren wird, ist zwar biologisch nicht notwendig, ist aber auch nicht unabhängig von somatischen Voraussetzungen. Die geschlechtliche Differenzierung steht, wie ich argumentieren möchte, in einem Zusammenhang mit dem Umstand, dass nur manche Menschen in einem bestimmten Alter Kinder gebären können, während andere dies nicht können. Wäre Gebärfähigkeit anders verteilt, gäbe es *andere* Unterscheidungspraxen.

Es stellt sich zum Beispiel die Frage, ob Schwangerschaft mit Weiblichkeit verknüpft würde, wenn *alle* Menschen zu jedem Zeitpunkt ihres Lebens

Kinder gebären könnten. Oder: wenn Menschen zwischen acht und zwölf Jahren schwanger werden könnten, würden diese womöglich ebenso wenig als «weiblich» oder «mütterlich» definiert und würden sich auch nicht als solches fühlen. Klar wäre auch, dass diejenigen, die gebären, sich nicht hauptverantwortlich um ein Baby kümmern, weil sie das nicht könnten. Es bräuchte andere Lösungen, das heisst von einer solchen somatischen Ausgangslage her könnte nicht darauf geschlossen werden, wer sich um Babys kümmert. Der Umstand also, dass bestimmte Menschen schwanger werden können und andere nicht, spielt eine Rolle und muss berücksichtigt werden. Wenn wir diese Differenz theoretisch wie politisch nicht aktiv verhandeln, werden aus ihr herrschaftsförmige Praxen abgeleitet und durch sie Ausbeutung legitimiert. Meines Erachtens ginge es darum, eine queerfeministische Perspektive zu entwickeln, die generative Unterschiede theoretisch und damit gesellschaftspolitisch ernst nimmt, damit sie als Grundlage für bestimmte (Geschlechter-)Mythen gerade aufgelöst werden. Zugespitzt gesagt: Wir müssen uns mit Natur beschäftigen, damit wir Natur als Herrschaftsinstrument überwinden können.

Heitzmann (2017) entwickelt eine soziologische Theorie der Generativität, in der sie die Gleichsetzung Generativät = Frau als eine soziale Praxis im Anschluss an Bourdieu (2009) fasst. Dabei beinhaltet diese soziale Praxis in Heitzmanns Definition mehr als eine Inkorporierung von Ideologien. Vielmehr dockt die Inkorporierung von Ideologien auch an Körperliches an, zum Beispiel an generative Differenz. Heitzmann bezieht sich auf einen Begriff des Körperlichen, der Körperlichkeit *nicht* als Natur konzipiert, also nicht als vorgesellschaftlich, sondern als immer schon sozial. Anders ausgedrückt, existiert Körperlichkeit nicht für sich genommen, sondern ist immer schon Ausdruck von Sozialität (2017, 89).

Wenn wir also sagen, dass die Gleichsetzung von Gebärfähigkeit = Weiblichkeit/Mutterschaft Bezug nimmt auf oder interagiert mit einer körperlichen generativen Differenz, dann bedeutet das: Auch diese körperliche Differenz ist *immer schon* durch Geschlechternormen (Ideologie) und andere kulturelle und historische Deutungen bestimmt. Dass unsere Gesellschaft Gebärfähigkeit und Weiblichkeit gleichsetzt, dockt an einen somatisch bedingten Unterschied zwischen Menschen an. *Gleichzeitig* existiert dieser Unterschied aber nicht vorgesellschaftlich, sondern nur durch beziehungsweise wegen bestimmter vorherrschender Geschlechterideologien. Wir können ihn nicht jenseits von Geschlechternormen fassen, denn es lässt sich unmöglich bestimmen, was an der generativen Differenzierung rein leiblich und was gesellschaftlich ist.

Wenn ich also von generativer Differenz spreche, dann meine ich eine sozial, kulturell und historisch vermittelte körperliche Differenz, und keine natürliche. Auf diese Weise ist generative Differenz nicht mehr Natur, sondern ein Vergesellschaftungsmodus. Auf dieser Grundlage lässt sich aus meiner Sicht eine queerfeministische materialistische Perspektive entwickeln, die sich mit Generativität, generativer Differenz, Geschlecht und Elternschaft befasst, ohne Gefahr zu laufen, sie zu naturalisieren. Im Gegenteil. Aus einer solchen Perspektive entsteht nicht nur die Möglichkeit, sondern die Notwendigkeit, mit Generativität und damit auch Reproduktion insgesamt gesellschaftlich wie geschlechtertheoretisch aktiv und immer wieder neu umzugehen.

Auf diese Weise stellen sich Fragen neu und anders:[5] Wie gehen wir gesellschaftlich, kulturell, politisch, ökonomisch und so weiter damit um, dass eine bestimmte Gruppe von Menschen während eines bestimmten Lebenszeitabschnitts potenziell schwanger werden kann und wird und andere nicht? Sollen Menschen, die schwanger werden (können), als Gruppe Namen haben (bisher Frauen), wenn ja, welche? Wenn sie keine Namen haben und nicht nach dieser Kategorie unterschieden werden, wie wird dann sichergestellt, dass die unterschiedliche generative Involvierung den betroffenen Menschen nicht zum Nachteil oder Vorteil gerät? Wie müssen wir generative Differenzen berücksichtigen bei der Frage, wie wir als Gesellschaft Generativität organisieren und Sorgearbeit gewährleisten? Werden dafür Ressourcen zur Verfügung gestellt? Wird von Menschen, die ein Kind gebären, erwartet, dass sie sich anschliessend um das Neugeborene kümmern? Wie lange? Gibt es andere, die dafür ebenfalls zuständig sind? Wer bestimmt darüber, was mit neugeborenen Kindern geschieht? Was davon fällt in den Entscheidungsbereich derjenigen, die das Kind geboren haben, und was in den Entscheidungsbereich der Allgemeinheit oder anderer Menschen?

Wenn diese Fragen wirklich zur Disposition stehen, steht ein zentraler Kern der kapitalistischen Ökonomie und Gesellschaftsordnung zur Disposition, nämlich die Aneignung und gleichzeitig Verdeckung der generativen und reproduktiven Arbeit als «natürliche» Frauen- und Gratisarbeit. Wenn wir den unterschiedlichen Anteil der Menschen an der Generativität als eine somatisch wie gesellschaftlich vermittelte Praxis begreifen und ernst nehmen, dass sich daraus *keine* Zwangsläufigkeit in Bezug auf Geschlecht, Elternschaft, Care oder Familienformen ableiten lassen, kann aus der Gebärfähigkeit mancher Menschen nicht mehr auf deren natürliche Pflicht für die Gratisproduktion von Humanressourcen und die Versorgung (Care) derselben geschlossen werden. Diese Tätigkeit könnte nicht mehr einfach als

angeblich «natürliche Ressource» kapitalistischer Produktion feminisiert, abgewertet und zur Wertschöpfung angeeignet werden. Über Gebärfähigkeit, Elternschaft und reproduktive Verantwortung müsste neu verhandelt werden. Überhaupt müsste verhandelt werden, was eigentlich Produktion ist und was Arbeit. Auch Eigentumsfragen wären tangiert (wem «gehören» Kinder, wer bestimmt über welche Körperprozesse und so weiter). Wenn wir generative Differenz politisch wie theoretisch aktiv berücksichtigen, verändert sich, so meine These, die vorherrschende Ordnung grundlegend.

Anmerkungen

1 Verboten wurden etwa Zwangssterilisationen, aber auch die Formulierung demografischer «targets».

2 Ich nenne es im Folgenden Generativität, da es sich um einen weniger biologistischen Begriff handelt, vgl. Schutzbach 2020.

3 Die ursprünglichen Forderungen der Frauenbewegungen wurden im Zuge des Kairo-Kompromisses abgeschwächt: Abtreibung zum Beispiel wurde nicht als allgemeines Menschenrecht anerkannt (Sax 1995).

4 «Vorgesellschaftlich» bedeutet, dass Generativität ausserhalb gesellschaftlicher, das heisst sozialer und historischer Prägung und Gewordenheit gedacht wird. Damit fällt sie aus der politischen und ökonomischen Bedeutung heraus und erscheint als «Natur», als Ressource, die einfach zur Verfügung steht, angeeignet und ausgebeutet werden kann.

5 Ich danke Antje Schrupp für die Anregung zu diesen Fragen auf ihrem Blog *Letz Talk about Schwanger werden* (2013): antjeschrupp.com/2013/02/18/letz-talk-about-schwanger-werdenkonnen (Abfrage 10.7.2020)

Literatur

Bourdieu, Pierre, 2009 [1972]: Entwurf einer Theorie der sozialen Praxis. Frankfurt a. M.

Heitzmann, Daniela, 2017: Fortpflanzung und Geschlecht. Zur Konstruktion und Kategorisierung generativer Praxis. Bielefeld

Landweer, Hilge, 1994: Generativität und Geschlecht. Ein blinder Fleck in der sex/gender-Debatte. In: Lindemann, Gesa / Wobbe, Theresa (Hg): Denkachsen. Zur theoretischen und institutionellen Rede von Geschlecht. Frankfurt a. M., 147–176.

Maihofer, Andrea, 1995: Geschlecht als Existenzweise. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz. Sulzbach/Taunus

Mesner, Maria, 2010: Geburtenkontrolle. Reproduktionspolitik im 20. Jahrhundert. Wien/Köln/Weimar

Meissner, Hanna, 2011: Totalität und Vielfalt – gesellschaftliche Wirklichkeit als multidimensionaler Zusammenhang. In: Prokla 41 (4), 543–560.

Federici, Silvia, 2019: Die Welt wieder verzaubern – Feminismus, Marxismus & Commons. Wien/Berlin

Sax, Anna, 1995: Gewonnen hat das Patriarchat. Die internationale Konferenz für Bevölkerung und Entwicklung in Kairo. In: Olympe. Feministische Arbeitshefte zur Politik 2, 98–103.

Schrupp, Antje, 2019. Schwanger werden können. Essay über Körper, Geschlecht und Politik. Sulzbach/Taunus

Schultz, Susanne, 2006: Hegemonie – Gouvernementalität – Biomacht. Reproduktive Risiken und die Transformation internationaler Bevölkerungspolitik. Münster

Schutzbach, Franziska, 2020: Politiken der Generativität. Reproduktive Gesundheit, Bevölkerung und Geschlecht. Das Beispiel der Weltgesundheitsorganisation. Bielefeld